

Südlink: Das Verfahren beginnt

Angeblich will Betreiber Tennet heute den Antrag auf Bundesfachplanung stellen

Nach Information der Stadt Burgwedel und des Bürgerforums Burgwedel wird die Südlink-Betreiberfirma Tennet heute den Antrag auf Bundesfachplanung stellen – in dessen Verlauf endlich festgelegt wird, wo die Höchstspannungsleitung entlangführen soll.

VON FRANK WALTER

BURGWEDEL/ISERNHAGEN/WEDEMARK. Bestätigen sich die Informationen, die über Umwege von Tennet selbst stammen sollen, so beginnt damit morgen das förmliche Verfahren für die Festlegung der umstrittenen Höchstspannungsstrasse. Burgwedels Umweltkoordinator Malte Schu-

bert, der sich seit Monaten mit dem Thema Südlink befasst, hält das für „so gut wie sicher“. Er geht davon aus, dass die Betreiberfirma Tennet mit mehreren Trassenvarianten für die Region Hannover in das Verfahren geht. Ob es sich dabei ausschließlich um die bekannten Verläufe handeln werde oder plötzlich weitere Alternativen ins Felde geführt werden, ist für ihn noch offen. Von Tennet selbst war am Nachmittag keine Stellungnahme zu erhalten.

Auch das ehrenamtliche Bürgerforum Burgwedel geht von einer Antragstellung heute aus. „Damit hat das Stochern im Nebel endlich ein Ende“, sagte gestern Professor Ernst-Otto Thiesing. „Ab

dann laufen die Fristen, dann geht es los“, ergänzte sein Mitstreiter Thomas Chlouba.

Tatsächlich muss die Bundesnetzagentur, die ab Antragstellung Herrin des Verfahrens ist, innerhalb weniger Wochen eine öffentliche Antragskonferenz ausrichten. Bei der Konferenz werden Informationen zur Umwelt- und Raumverträglichkeit des Vorkorridors und dessen Alternativen gesammelt, die später noch vertieft werden. Das Bürgerforum Burgwedel, das sich 2011 zum Widerstand gegen die Planungen zur Y-Bahntrasse formiert und den Südlink als zweites Aufgabenfeld hinzugenommen hat, sieht sich mittlerweile in einer besseren Po-

sition für die Beteiligungsphase: Das Landesumweltministerium hat den Verein jetzt nach dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz anerkannt. Das Bürgerforum hat damit nunmehr den gleichen rechtlichen Status erreicht wie beispielsweise der BUND, der Nabu oder andere dem Umweltschutz verpflichtete Organisationen.

Bei Umweltverträglichkeitsprüfungen kann das Bürgerforum über das Mittel des Rechtsbehelfs Einfluss auf Entscheidungen nehmen. „Dies ist sowohl für das Thema Y-Trasse als auch für die Südlink-Stromtrasse von enormer Wichtigkeit“, beschreibt Professor Thiesing die „handfesten positiven Auswirkungen“.